

Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738 Telefax (0611) 31-3902
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
SachbearbeiterIn: Frau Koba
e-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 2/2/2007 7:49:00 AM

EINLADUNG

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 08.02.2007, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Mitteilungen
2. Fragestunde

3. 06-V-14-0001

DL 50/06-7, 46/06-1, 45/06-1

Prüfung der Jahresrechnung 2004
- Berichterstatter: Stadtv. Peter Reitz

ANLAGE

4. 06-F-25-0045

Marktkeller

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 05.12.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stvv begrüßt, dass die Stadt die Verfügungsgewalt über den Marktkeller als wichtigen zentralen Ort in Wiesbaden erhält, um diesen wieder mit Leben zu erfüllen.
2. Der Magistrat wird gebeten, den städtischen Gremien ein Nutzungskonzept für den Marktkeller zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
3. Der Magistrat wird gebeten, bei der Erarbeitung dieses Nutzungskonzepts die verbliebenen Mieter frühzeitig und angemessen einzubinden.

5. 07-F-01-0010

Wiesbadener Busverkehr in Wiesbadener Hand

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 31.01.2007 –

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, die Anteile der Hamburger Hochbahn an der WiBus zu übernehmen und diese als hundertprozentige Tochter zu führen, da die mit der Beteiligung der Hochbahn verbundenen Erwartungen an ein attraktives und leistungsfähiges Nahverkehrsangebot nicht erreicht wurden und nun mehr auch noch eine Fremdsteuerung durch Finanzinvestoren droht.
- Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, künftig von der Möglichkeit so genannter 'Inhouse-Vergaben' Gebrauch zu machen und wieder ESWE Verkehr direkt mit den Nahverkehrsleistungen zu beauftragen, denn Verkehrspolitik für Wiesbaden muss in Wiesbaden gemacht werden, nicht in Hamburg.
- Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt ferner die laufenden Verhandlungen zwischen ver.di und dem Arbeitgeberverband mit dem Ziel, zu einem einheitlichen Branchentarifvertrag zu kommen, der für alle WiBus-Fahrer Anwendung finden soll.
- Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung bis zu ihrer nächsten Sitzung zu berichten, welche Möglichkeiten er sieht, dieses Ziel kurzfristig zu erreichen.

Begründung:

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seiner Entscheidung am 19. Okt. 2006 klar gestellt, dass auch subventionierte Buslinien nicht nach Europarecht ausgeschrieben werden müssen. Gleichzeitig soll nach der sich im Geschäftsgang befindlichen EU-Richtlinie Rechtsicherheit für sogenannte „Inhouse Vergaben“ geschaffen werden. Diese Tendenzen zeichneten sich schon durch die im März 2006 geänderte Erlass-Lage des Landes Hessen ab.

Die Möglichkeiten der Direktvergabe muss Wiesbaden nutzen, um langfristig den Bürgerinnen und

Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 08.02.2007

Bürger dieser Stadt und der Region ein verlässliches öffentliches Verkehrsangebot sichern zu können - bei auskömmlichen Löhnen für die Beschäftigten. Dabei muss sichergestellt sein, dass über Verkehrskonditionen in Wiesbaden und nicht in Hamburg entschieden wird.

Nachdem die EU nun doch keine Ausschreibung fordert, gibt es überhaupt keinen Grund mehr, Nahverkehre in unserer Stadt bzw. einzelne Linienbündel europaweit auszuschreiben. Wir brauchen WiBus nicht, damit dieses Unternehmen sich in Konkurrenz mit anderen Busunternehmen – vielleicht aus Süd- oder Osteuropa – um Ausschreibungen in Wiesbaden bewirbt. Dazu kommt, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass WiBus, um den Konkurrenzkampf zu gewinnen, mittelfristig weiter am Personal und an der Ausstattung der Busse spart oder „sparen muss“.

Die Kosten europaweiter Ausschreibungen können gespart werden und erst recht können den Bürgerinnen und Bürgern die Unwägbarkeiten solcher Ausschreibungen „erspart“ bleiben.

Die Stadt muss sich wieder die volle Verantwortung für ein verlässliches Nahverkehrsangebot im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger, aber auch im Interesse des Handels und der Wirtschaft übernehmen. Deshalb sind umgehend Vorbereitungen zu treffen, dass beim Auslaufen der nächsten Konzessionsverträge diese ohne europaweite Ausschreibung direkt an eine städtische Gesellschaft, die sich ausschließlich auf den eigenen lokalen Nahverkehr konzentriert, also an ESWE Verkehr, übertragen werden können.

6. 07-F-25-0011

Prüfung der ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Kohlekraftwerkes erforderlich!

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 30.01.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung bekennen sich zum Standort Kraftwerke Mainz Wiesbaden (KMW) als dezentraler Stromerzeugungsstätte in kommunaler Hand.
2. Das Vorhaben der KMW, ein groß dimensioniertes Kohlekraftwerk zu errichten, wird kritisch bewertet. Die ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Vorhabens wie auch die möglichen Alternativen sollen vom Betreiber KMW AG geprüft und vorgelegt werden. Auch die ESWE-Versorgungs-AG soll sich an diesen Prüfungen beteiligen.
3. Für die beteiligten Unternehmen muss vor weiteren Entscheidungen die Klärung folgender Aspekte, gerade vor dem Hintergrund einer sich dramatisch verändernden Faktenlage, erfolgen:
 - a) Ob die Wirtschaftlichkeit eines KHKW angesichts einer möglichen deutlichen Kostenerhöhung noch gegeben ist;
 - b) der Gesellschaftsrechtliche Einfluss der Landeshauptstadt Wiesbaden und ihrer Beteiligungsgesellschaft ESWE-Versorgung auf die KMW und die beabsichtigte Betreibergesellschaft;

Seite 4 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 08.02.2007

- c) die technische Umsetzbarkeit angesichts der Bindung von Baukapazitäten durch das Oligopol der vier großen Stromkonzerne;
 - d) ob die Freistellungszusage von Verschmutzungszertifikaten der Bundesregierung langfristig gesichert ist, oder es in Folge der aktuellen Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene, den Klimaschutz wirkungsvoller zu steuern, Änderungen in der Zuteilung von Verschmutzungszertifikaten und damit zu weiteren Mehrkosten kommt;
 - e) ob in der wirtschaftlichen Planung Veränderungen des Strompreises auf dem Markt nach unten berücksichtigt sind, die sich aus der von Eu gewollten Liberalisierung des Strommarktes ergeben können.
4. Der Magistrat der LHW wird aufgefordert, alles rechtlich Zulässige zu tun, damit das Verwaltungsverfahren zur Genehmigung eines KHKW auf der Ingelheimer Aue erst nach Klärung oben genannter Fragen fortgesetzt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet die Mitglieder der Aufsichtsräte von ESWE-Versorgung und KMW, sich für ein Moratorium einzusetzen, damit keinerlei Bauentscheidung fällt, solange die unter 2 und 3 genannten Fragestellungen nicht zufrieden stellend geklärt wurden.

7. 06-F-25-0043

Einführung einer Ehrenamtskarte für Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 05.12.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Bürgerschaftliches ehrenamtliches und freiwilliges Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Auch in Wiesbaden sind viele Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich engagiert und tragen damit zu einer lebendigen, sozialen und kulturellen Stadtgesellschaft bei.

Mit der Vergabe der Ehrenamtskarte kann die Landeshauptstadt Wiesbaden diesen Bürgerinnen und Bürger für ihr Engagement danken. Die Inhaberinnen und Inhaber der Ehrenamtskarte kommen unabhängig von ihrem Wohnort in den Genuss zahlreicher Angebote und Vergünstigungen in ganz Hessen. In vielen anderen Städten Hessens ist diese Karte erfolgreich eingeführt, zuletzt in Offenbach.

Schon jetzt gibt es in Wiesbaden Institutionen, die Vergünstigungen für Inhaber der Ehrenamtskarte gewähren (z.B. Hessisches Staatstheater, Henkel und Söhnlein Sektkellerei KG, Museum Wiesbaden).

Der Magistrat wird gebeten,

- eine Liste der städtischen Institutionen und Veranstalter der Landeshauptstadt Wiesbaden zu erstellen, bei denen Inhaber der Ehrenamtskarte Vergünstigungen erhalten können
- bei Institutionen und Veranstaltern sowie in der Wirtschaft dafür zu werben, dass sie, zur Förderung des Ehrenamtes, für Inhaber der Ehrenamtskarte Vergünstigungen gewähren.

Die Ehrenamtskarte kann erhalten, wer

- sich mindestens fünf Wochenstunden pro Woche

Seite 5 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 08.02.2007

- seit mindestens drei Jahren
- ohne Aufwandsentschädigung, die über Erstatte von Kosten hinausgehen
- in einer Organisation
- im Stadtgebiet Wiesbadens ehrenamtlich engagiert und
- mindestens 16 Jahre alt ist

Der Magistrat wird gebeten, über die Erfahrungen in anderen Städten und Landkreisen zu berichten. Insbesondere wird der Magistrat gebeten, ein Konzept zu erarbeiten, damit auch nicht in Vereinen und Organisationen ehrenamtlich Tätige (beispielsweise in der Nachbarschaftshilfe) und noch nicht 16-Jährigen in den Genuss der Vergünstigungen kommen können.

Als Anreiz zum Mitmachen können die Partner der Ehrenamtskarte aus Kultur und Wirtschaft als werbewirksame Maßnahme auf der offiziellen Internetseite der Landeshauptstadt Wiesbaden bekannt gegeben werden.

8. 07-F-06-0010

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zur Handhabung des "Wiesbadener Handbuchs"
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 31.01.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gemäß § 50 Abs. 2 HGO wird ein Akteneinsichtsausschuss gebildet, der sich mit der Handhabung des "Wiesbadener Handbuchs" und anderen Vorgaben für das Verwaltungshandeln der Landeshauptstadt Wiesbaden im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Anträgen auf Leistungsbezug nach SGB II oder SGB XII befassen soll.

Insbesondere ist dabei zu prüfen,

1. Nach welchen Kriterien ist die Angemessenheit der Unterkunft- sowie Neben- und Heizkosten festgelegt?
2. Was ist bestimmt zum Vorliegen einer Bedarfsgemeinschaft und dem Einkommens- sowie Vermögenseinsatz in ihr?
3. Unter welchen Voraussetzungen ist bei Personen unter 25 Jahren der Bezug einer eigenen Wohnung möglich?
4. Welche Regelungen gibt es zur Schwangerschafts- und Geburts-Erstausstattung?
5. Wie wird bei Mietrückständen und Stromschulden verfahren?
6. Inwieweit können Darlehen aus der Regelleistung getilgt werden?
7. Welche Bestimmungen gibt es zur Zulässigkeit von Einbehaltungen?
8. Wann sind Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit aus den neuen EU-Beitrittsstaaten vom SGB II- und SGB XII-Leistungsbezug ausgeschlossen?
9. Welche Kriterien müssen vorliegen, damit der medizinische Dienst (der Bundesagentur für Arbeit) eingeschaltet wird?
10. Welche Gründe müssen vorliegen, dass ein Hausbesuch durch den Außendienst der Sozialverwaltung Wiesbaden durchgeführt wird?

9. 07-F-07-0009

Seite 6 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 08.02.2007

Denkmalschutz

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 16.01.2007 -

Angesichts der Bewerbung zum Weltkulturerbe und speziell zu den Feiern im „Jahr des Historismus“ stellt sich die Frage, wie es in Wiesbaden um den Denkmalschutz bestellt ist. Von Denkmalschützern sind Defizite ausgemacht worden. So gibt es keine systematische Aufstellung zu denkmalgeschützten Gebäuden im Besitz der Stadt, ihrem Zustand und den notwendigen Maßnahmen und auch keine weitreichende Planung mit Prioritätenliste. Die Mittel für die private Denkmalpflege sind von 150.000 € auf 8.000 € gekürzt worden. Dies ist ein besonders gravierendes Faktum, wenn man bedenkt, daß für die Feiern im „Jahr des Historismus“ mehrere hunderttausend Euro ausgegeben werden sollen. Es kann nicht sein, daß die Stadt sich für ihren historischen Baubestand feiert, aber zu seiner Erhaltung wenig tut.

Im Hinblick auf diese Problematik möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. was er zu tun gedenkt, um den oben genannten Defiziten abzuhelpfen,
2. ob er vorhat, die Mittel für Denkmalschutz aufzustocken und wenn ja, in welchem Umfang.

10. 06-V-36-0041

DL 53/06-3

Baumschutzsatzung

ANLAGE

11. 06-F-01-0114

Wechsel des SV Wehen nach Wiesbaden

- Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.11.2006 -

12. 07-V-52-0001

DL 03/07-1 NÖ

Stadion Berliner Straße

13. 06-F-25-0044

Kinder wirksamer vor Vernachlässigung und Misshandlung schützen – Eltern gezielter unterstützen - Hilfen verbindlicher gestalten

- Gemeinsamer Antrg der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 05.12.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Seite 7 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 08.02.2007

Alle Kinder haben ein Recht auf Förderung ihrer Persönlichkeitsentwicklung und ein Recht auf Schutz vor Gewalt und Vernachlässigung. Es wird jedoch immer Familien geben, die ihre Kinder nicht ausreichend in ihrer Entwicklung fördern können. Diese Familien haben einen besonders hohen Unterstützungsbedarf.

In Wiesbaden existiert zwar ein vielfältiges Angebot an Beratungs- und Hilfeangeboten, dennoch deutet die steigende Anzahl der Hinweise auf Vernachlässigungen oder Misshandlungen von Kindern darauf hin, dass die Hilfe- und Unterstützungsangebote früher und verbindlicher angeboten und besser aufeinander abgestimmt werden müssen.

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat beauftragt, das bestehende System zum Schutz von Kindern zu einem „sozialen Frühwarnsystem“ weiterzuentwickeln. Dabei sind bestehende Kooperationen und Angebote, wie z.B. der AK Hilfe statt Gewalt, die Fachstelle zielgruppenorientierte Elternbildung, die Kooperationen mit dem Gesundheitsamt etc., aber auch neue bzw. weitere Partner wie Krankenhäuser, Entbindungsstationen und Hebammen, Polizei und Präventionsrat, Suchthilfeangebote und andere freie Träger der Jugend- und Familienhilfe einzubinden.

Das Ziel ist, durch ein Fall-Management ein verbindliches, präventives und niedrigschwelliges Hilfe- und Beratungsangebot zu installieren, um Kinder früh und wirksam vor Vernachlässigung und Misshandlung zu schützen und Eltern von Beginn der Schwangerschaft an ein verbindliches Hilfe- und Beratungsangebot zur Seite zu stellen.

14. 06-F-25-0046

Jugendkulturarbeit der Wiesbadener Kulturinstitutionen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 05.12.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, welche Angebote die Wiesbadener Kulturinstitutionen und –initiativen für Jugendliche bereithalten.
2. darzustellen, welche zusätzlichen Initiativen die Arbeit der Kulturinstitutionen mit Jugendlichen stärken könnten.

15. 06-F-25-0047

Kunstsommer 2008
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 05.12.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Seite 8 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 08.02.2007

1. Auch im Jahr 2008 soll wieder ein Wiesbadener Kunstsommer stattfinden.
2. Der Magistrat wird gebeten, in Absprache mit den Wiesbadener Galeristinnen und Galeristen ein Konzept für einen „Skulpturenpark“ vorzulegen.

16. 07-F-07-0010

Geplantes Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 23.01.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich in der Sache geplantes Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue für ein Moratorium von drei Monaten aus. Sie bittet den Magistrat, in diesem Sinn auf den Aufsichtsrat von ESWE einzuwirken und in gleichem Sinn Gespräche mit den Zuständigen in Mainz zu führen.

Während des Moratoriums sollte geklärt werden,

- 1) mit welchen Umweltbelastungen im Raum Wiesbaden und insgesamt zu rechnen ist;
- 2) ob die Wirtschaftlichkeit des Projektes gewährleistet ist;
- 3) wie sich das Kohlekraftwerk als Bauwerk in seiner Umgebung am Rhein präsentiert und ob nicht wegen der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ein anderer Standort ins Auge gefaßt werden sollte;
- 4) was es für Alternativen zu dem geplanten Kohlekraftwerk gibt und ob ein kleineres Kraftwerk womöglich sinnvoller wäre.

17. 07-F-25-0012

Sicherstellung des qualitativen ÖPNV für Wiesbaden - Weichenstellung für die Zukunft
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 30.01.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

1. Seit Jahren gründet sich die Durchführung und die Weiterentwicklung des ÖPNV in Wiesbaden auf
 - der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft (LNG)
 - ESWE-Verkehr GmbH
 - Tochtergesellschaft WiBus
2. Die Gründung der WiBus GmbH hatte zum Ziel, bei möglichst großem Einfluss des kommunalen Eigentümers - ESWE-Verkehr die von den Städtischen Gremien geforderte

Seite 9 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 08.02.2007

Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen. Zu diesem Zwecke sollte die WiBus auch Verkehrsdienstleistungen in der Region generieren. Die Kosten bei ESWE Verkehr wurden in den letzten Jahren konsequent gesenkt. Zusätzliche, das Betriebsergebnis verbessernde, Verkehrsdienstleistungen konnten bisher von WiBus nicht „gewonnen“ werden

3. Die marktwirtschaftliche Orientierung und Wettbewerbsfähigkeit von ESWE-Verkehr GmbH sind die Voraussetzungen sowohl für eine
 - Beteiligung an einer europaweiten Ausschreibung
 - wie für eine Direktvergabe (Inhouse)
4. Der Kauf der Geschäftsanteile eines der beiden Partners an der WiBus GmbH, der Hochbahn AG (49 %) und/oder der Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding (51 %) ist nur mit Zustimmung des Partners zu realisieren. Nur bei Vertragsverletzungen durch die Hochbahn AG oder dem Vertragsinhalt widersprechende Betriebsergebnisse z.B. bei Verlustgeschäften in den Geschäftsjahren 2005 und 2006, ohne vollständigen Ausgleich im nächsten Geschäftsjahr, kann deren Anteil an der WiBus GmbH erworben werden.

Der Magistrat wird deshalb gebeten, im Hinblick auf die 2008 anstehende Entscheidung über die Konzessionsvergabe 2009, im Lichte der aktuellen Rechtsprechung, für den innerstädtischen Verkehr eine Vorlage zu erarbeiten, aus der hervorgeht

- Ob und wenn ja, welche rechtlichen Bedingungen gegen eine marktwirtschaftlich orientierte Direktvergabe an ESWE Verkehr sprechen.
- Welche Vorteile sich im Hinblick auf die Qualität des ÖPNV Angebotes in Wiesbaden durch eine hundertprozentige Tochter „WiBus“ bei der Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding ergeben können und was gegebenenfalls dagegen spricht.
- Unter welchen Voraussetzungen der Ankauf der Geschäftsanteile der Hochbahn zu realisieren wäre und welche finanziellen Belastungen dadurch für den neuen Eigentümer zu erwarten wären.
- Welche Kriterien von ESWE Verkehr bei einer Inhouse-Vergabe erfüllt werden müssen (z.B. die 4 „Altmark Trans“ Kriterien)

18. 07-F-01-0011

Kraftwerksneubau auf der Ingelheimer Aue / Moratorium
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 31.01.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden spricht sich für ein dreimonatiges Moratorium beim Bau eines neuen Kraftwerks auf der Ingelheimer Aue aus. Vorstand und Aufsichtsrat der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden werden gebeten, alle Entscheidungen, die zum Bau eines Kraftwerks auf der Ingelheimer Aue führen, bis Ende Mai 2007 zu vertagen und dem Magistrat für die Vorlage der unter 3. genannten Alternativen rechtzeitig die nötigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

2.

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, wie die von der Landeshauptstadt Wiesbaden vereinbarten Klimaschutzziele umgesetzt werden und wie die im Klimabericht 2004 erkennbare Schere zwischen den Zielen im CO₂-Ausstoß und dem tatsächlichen Ausstoß geschlossen werden kann.

3.

Der Magistrat wird gebeten, bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10. Mai 2007 folgende Alternativen der Stromerzeugung unter wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten synoptisch darzustellen:

3.1. Den Bau eines 750 bis 800 MW-Leistung erzielenden Kohlekraftwerks (wie geplant).

3.2 Den Weiterbetrieb der vorhandenen, nach Selbstdarstellung der KMW „weltweit modernsten GuD-Anlage“ und ggf. den Zubau von einem weiteren 400 Megawatt Leistung erzielenden GuD-Kraftwerk.

3.3. Den Weiterbetrieb des vorhandenen, hochmodernen GuD-Kraftwerks und den Einsatz der für das Kohlekraftwerk eingeplanten Investitionsmittel von 900 Millionen Euro für Projekte der Strom- und Wärmegewinnung unter Nutzung erneuerbarer Energieträger, insbesondere der in unserer Region vorhandenen Erdwärme.

Für alle drei Alternativen sind die Möglichkeiten der Nutzung von Fernwärme auch in Wiesbaden darzustellen. Ebenso ist die Beschäftigungswirkung der unterschiedlichen Varianten darzulegen.

4.

Der Magistrat wird aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten der LH Wiesbaden zu nutzen, um eine emissionsrechtliche oder baurechtliche Genehmigung des von der KMW geplanten neuen Kraftwerksprojektes und jede weitere diesbezügliche Vorentscheidung zu verhindern, bis die Stadtverordnetenversammlung eine abschließende Meinungsbildung über die weitere kommunale Stromerzeugung im Bereich Mainz-Wiesbaden hat herbeiführen und sich für eine mit den klimapolitischen Zielen der Stadt verträgliche Lösung hat entscheiden können.

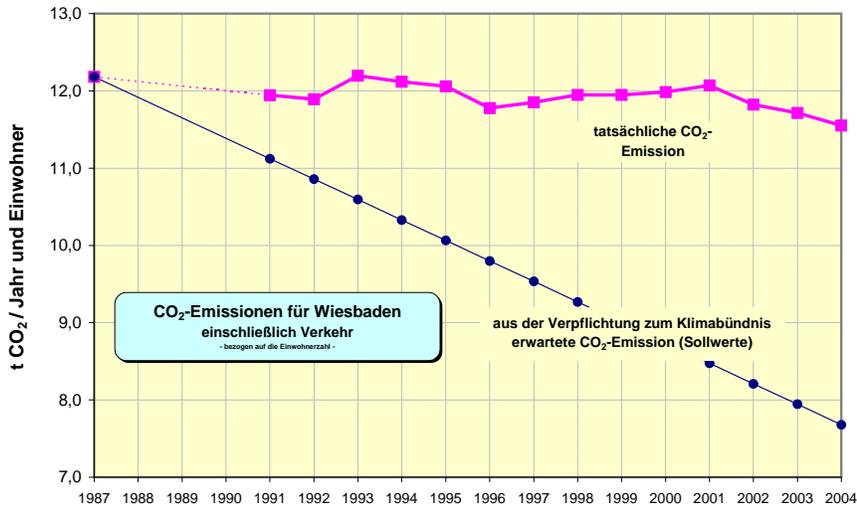
5.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt den auf Initiative der SPD gefassten Beschluss des Umweltausschusses vom 23. Januar 2007, der eine Veranstaltungsreihe zur Verbesserung der Energieeffizienz und den Möglichkeiten des Energiesparens vorsieht.

Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass in diesen Veranstaltungen insbesondere die Möglichkeiten der Energieeinsparung dargestellt werden und daraus folgend ein Energieplan für Wiesbaden entwickelt wird, der Handlungsempfehlungen auch für die Wiesbadener Bürgerschaft enthält.

Die verschiedenen Varianten des Kraftwerksparks auf der Ingelheimer Aue sind auch im Hinblick auf ihre optimale Wirkung im Rahmen dieses Energieplans zu bewerten.

Begründung:



Das von der KMW mit 750 bis 800 Megawatt Leistung projektierte Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue würde ab 2012 jährlich rund 3,5 Mio. Tonnen des für den Treibhauseffekt verantwortlichen Gases CO₂ ausstoßen.

Dieser und andere Gründe bedürfen einer öffentlichen Diskussion, die bisher mangels untersuchter und veröffentlichter Alternativen nur in begrenztem Umfang möglich war. Das Moratorium soll den Stadtverordneten und der Wiesbadener Öffentlichkeit die Gelegenheit geben, diese Diskussion zu führen.

19. 07-F-01-0012

Grundsatzplanung für den Wiesbadener Süd(ost)en in Verbindung mit der Ansiedlung des Hauptquartiers der US-Armee für Europa und der 7. US-Armee in Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 31.01.2007 -

Die Erweiterung des Standortes Wiesbaden im Rahmen der Verlegung des Hauptquartiers der US-Armee für Europa und der 7. US-Armee wird voraussichtlich einen starken Einfluss auf die zukünftige Siedlungsentwicklung im Süden bzw. Südosten Wiesbadens haben.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden sollte in diesem Zusammenhang eigene planerische Vorstellungen zur Entwicklung des gesamten Gebietes formulieren und somit die Umsiedlung des o.a. Hauptquartiers als Chance zur Standortentwicklung nutzen:

Die StVV möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die mögliche Ansiedlung des Hauptquartiers der der US-Armee für Europa und der 7. US-Armee in Wiesbaden zum Anlass zu nehmen, eine Grundsatzplanung für den maßgeblichen Bereich im Wiesbadener Süden und Südosten zu entwickeln und diese zur Wahrung der Interessen der Landeshauptstadt Wiesbaden in die Verhandlungen einzubringen. Es muss sichergestellt werden, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden ihre Forderungen als Gesamtpaket in den politischen Prozess einbringt und dass es nicht zu Teilentscheidungen kommen darf. In dieser Grundsatzplanung sollen auch die folgenden planungs- und

siedlungspolitischen

Aspekte Berücksichtigung finden:

1. Auch die US-Armee sollte eine in Europa übliche Verdichtung ihres Geländes – zum Beispiel auch unter Einbeziehung des derzeit mit oberirdischen Bunkern bebauten Geländes – akzeptieren, um damit den Flächenbedarf möglichst gering zu halten. Dies gilt auch für Flächenverbrauch der möglichen Wohngebiete. Bei einer Konzeption für Siedlungen der US-Armee sind in jedem Fall die beteiligten Ortsbeiräte einzubinden.
2. Das Afex-Gelände in Kastel wird von der US-Armee geräumt und der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Planung und Bebauung überlassen. Die Sanierung des Geländes wird vom Land Hessen und dem Bund gewährleistet. Ersatzflächen sind weitestgehend auf den bisher von der US-Armee genutzten Flächen auf dem Airfield nachzuweisen.

Gleichzeitig wird der Magistrat gebeten:

3. Eine Neu- und Umplanung des gesamten Geländes rund um das US Airfield und das Gelände südlich der A 66 und östlich der B 455 zu beginnen. In diesem Zusammenhang ist auch eine Neuordnung der Autobahnkreuze zu berücksichtigen. Eine eigene Anbindung des Gewerbegebietes am Kreuzberger Ring sowie des Gewerbegebietes Petersweg sind jeweils auszuarbeiten. Hierbei sollte auch die Entwicklung des ehemaligen DYWIDAG-Geländes als zukünftiges Baugebiet und die dafür nötige Erschließung einbezogen werden. Gleichfalls ist der Ausbau der Boelckestraße vorzusehen. Die gesamte Verkehrsplanung ist nicht nur unter verkehrlichen, sondern auch unter ökologischen Aspekten auszuarbeiten.
4. Gleichzeitig eine Planung für eine bessere verkehrliche Anbindung der US-Siedlung (Airfield) – auch unter dem Aspekt der Sicherheit der US-Truppen (während der Stoßzeiten lange Schlangen auf der Zufahrtsstrecke zum Haupteingang, Luftbrückenstraße) – vorzunehmen.
5. Die Möglichkeiten, die sich durch die Ansiedlung der US-Armee für ein Brachflächenrecycling in Wiesbadens Süden bzw. Südosten bieten, aufzuzeigen. In diesem Zusammenhang sollten auch die Maßnahmen zur Grundwassersanierung unter der ehemaligen Lackfabrik und dem US-Airfield dargestellt werden.
6. Darzustellen wie der Flächenbedarf der US-Armee ohne Beeinträchtigung der Domäne Mechthildshausen zu vereinbaren ist und welche geeigneten Ersatzflächen der Domäne im Zweifelsfall zur Verfügung gestellt werden können, damit die wirtschaftliche Existenz dieses Betriebes auch unter den besonderen ökologischen Bedingungen des von der Domäne bewirtschafteten Bodens nicht gefährdet wird.
7. Bei einer Flächenvergabe an die US-Streitkräfte auf die Bodenqualität zu achten und dafür zu sorgen, dass die Landwirtschaft in den betroffenen Gemarkungen nicht ihrer besten Flächen beraubt wird.
8. Die Ergebnisse der Punkte 3 – 7 ebenfalls in die Vorgaben zur Verhandlungsposition mit einzubeziehen.

20. 07-F-01-0013

Kulturentwicklungsplan KULTUR 21

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 31.01.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat in Vorbereitung der Erstellung eines Kulturentwicklungsplans KULTUR 21

- eine Bestandsaufnahme aller kulturellen Institutionen, Initiativen und Einzelakteure sowie der relevanten Veranstaltungen im Jahreszyklus vorzunehmen;
- seine Einschätzung zur kulturellen Entwicklungsperspektive unserer Stadt in Thesenform vorzulegen;
- einen extern moderierten Dialog von Kulturschaffenden und Kulturrezipienten zu organisieren mit dem Ziel, das kulturelle Profil unserer Stadt zu schärfen, Schwerpunkte zu definieren und Leitlinien der Kulturentwicklung abzustecken.

Auf dieser Grundlage wird ein umfassender Kulturentwicklungsplan KULTUR 21 erarbeitet, der – nach Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit – der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen ist.

21. 07-F-06-0009

Stopp für Kohlekraftwerkspläne - Umweltfreundliche und soziale Energieversorgung fördern!

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 31.01.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Bau eines Kohlekraftwerkes auf der Ingelheimer Aue aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Gründen ab.

Sie fordert die Vertreter der Landeshauptstadt Wiesbaden im Aufsichtsrat der KMW (Kraftwerke Mainz-Wiesbaden) auf, einen Stopp der weiteren Planung zum Bau eines Kohlekraftwerkes herbeizuführen. Gleichzeitig wird der Magistrat aufgefordert umgehend Alternativen zur regionalen Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer, umweltfreundlicher und sozialer Energiebereitstellung zu prüfen und den politischen Gremien vorzustellen.

Insbesondere sollen folgende Bereiche untersucht werden:

1. Reduzierung des Energieverbrauchs um 10 Prozent durch Einsparung und effizienteren Energieeinsatz bei Industrie, Dienstleistung und Haushalten (auch mittels Energiesparcontracting)
2. Erzeugung von Strom durch Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und Bereitstellung von Dachflächen für Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden im Stadtgebiet von Mainz und Wiesbaden

3. Ausweitung der Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung durch den Bau dezentraler Blockheizkraftwerke
4. Betrieb von Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse z.B. als Biogas-Anlagen in landwirtschaftlichen Betrieben und durch Holzhackschnitzel
5. Gutachten zur Nutzung der Tiefen-Geothermie

22. 06-V-82-0015

Seebühne am Kurparkweiher

ANLAGE

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 06-F-25-0021

DL 52/06-1

Beratungsstelle für Männer und Jungen in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der FDP -

ANLAGE

2. 06-V-04-0014

DL 01/07-1

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Städtebau, Architektur und Baukultur der Landeshauptstadt Wiesbaden am 23. November 2006

3. 06-V-07-0010

DL 50/06-5

Genehmigung von üpl.-Mitteln zum Ausgleich der Stadtanteile an der Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2006 und Anpassung der Haushaltsansätze für das Haushaltsjahr 2007

ANLAGE

4. **06-V-36-0035** **DL 53/06-2**
Omnibusbetriebshof Gartenfeldstraße - Grundwassersanierung (2007 bis 2011)
5. **06-V-36-0038** **DL 52/06-11**
Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für das Umweltlabor im Jahr 2007
ANLAGE
6. **06-V-40-0038** **DL 03/07-1, 38/06-1**
Priorisierung der Maßnahmen Kategorie 6 des Haushaltsplans 2006/2007
ANLAGE
7. **06-V-41-0020** **DL 52/06-13**
Abschluss der Internationalen Maifestspiele 2006
8. **06-V-66-0110** **DL 52/06-15**
3. Straßenzustandserfassung und Weiterentwicklung des Straßenerhaltungs-Management-System (PMS) im Tiefbauamt
9. **06-V-51-0069** **DL 52/06-14, 50/06-14**
Umsetzung des geplanten Landesförderprogramms BAMBINI
10. **06-V-66-0232** **DL 01/07-4**
Am Dorfplatz in Wiesbaden-Breckenheim, Umgestaltung
11. **06-V-66-0304** **DL 01/07-5**
Instandsetzung von Ingenieurbauwerken in Wiesbaden
12. **06-V-70-0013** **DL 53/06-7**

Fläche zur Aufbereitung von Deponieersatzbaustoffen

ANLAGE

- 13. 07-V-20-0003 DL 01/07-6**

Investitionscontrolling 4. Quartal 2006

- 14. 07-V-40-0008**

Bezuschussung von Mittagessen an ganztägig arbeitenden Schulen in Wiesbaden

ANLAGE

Tagesordnung III

- 1. 06-V-04-0011 DL 52/06-2**

Schienengüterverkehrskonzept und Vorhaltung von Gleistrassen

- 2. 06-V-05-0030 DL 52/06-3**

Datenverarbeitung; Beschaffung von Computer-Lizenzen (Citrix) für die Landeshauptstadt Wiesbaden

- 3. 06-V-10-0006 DL 52/06-4, 42/06-1, 41/06-2, 40/06-3**

Bildung von Kommissionen nach § 72 der Hessischen Gemeindeordnung und aufgrund besonderer Vorschriften und Beschlüsse

- 4. 06-V-10-0028 DL 52/06-5**

Sparkassenzweckverband Nassau - Nachwahl für einen Vertreter -

- 5. 06-V-11-5018 DL 01/07-2**

Neufassung der Verwaltungskostensatzung

6. **06-V-20-0207** **DL 52/06-6, 51/06-1, 46/06-3, 45/06-3**
Doppische Haushaltssatzung 2007 mit überarbeitetem Haushaltsplan
7. **06-V-20-0208** **DL 02/07-1**
Budgetgrundsätze / Haushaltsvollzugsbestimmungen Doppik 2007
8. **06-V-30-0007** **DL 52/06-7**
Vorschlag für die Wahl des Ortsgerichtsvorsitzenden und eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wiesbaden X
9. **06-V-30-0008** **DL 52/06-8**
Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wiesbaden-Dotzheim
10. **06-V-30-0009** **DL 52/06-9**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wiesbaden VI
11. **06-V-30-0011** **DL 52/06-10**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wiesbaden VIII
12. **06-V-30-0012** **DL 53/06-1**
Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wiesbaden-Sonnenberg/-Rambach
13. **06-V-41-0019** **DL 53/06-4**
Sanierung Villa Clementine/ Grundsatzvorlage
14. **06-V-41-0025** **DL 01/07-3**
Programm und Finanzierung IMF 2007

15. **06-V-41-0028** **DL 53/06-5**
Abschluss Kunstsommer 2006
16. **06-V-61-0046** **DL 53/06-6, 51/06-5, 48/06-4, 45/06-19**
Bebauungsplan "Sooderstraße/Pfahlerstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg;
- Beschluss über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes -
17. **06-V-80-8016** **DL 02/07-3**
Aufbau eines Kompetenz-Netzwerkes "Logistik-Wissen in Wiesbaden"
18. **06-V-82-0013** **DL 53/06-8**
Bestellung der Personalvertreter für die Kurbetriebskommission der Landeshauptstadt
Wiesbaden gemäß § 6 (2), 3 Eigenbetriebsgesetz
19. **07-V-20-0002** **DL 53/06-9**
Mehreinnahmen 2007
20. **07-V-41-0001** **DL 01/07-7**
Auftakt zur Bewerbung Unesco-Weltkulturerbe / Jahr des Historismus 2007

**Zu den nachfolgenden Punkten finden Sondersitzungen vor der Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung statt:**

21. **06-V-80-8009** **DL 03/07-2**
Projekt: Beschäftigungsprogramm 'Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen'
22. **06-V-80-8013** **DL 03/07-3**
Neue Wege in den Beruf

23. **07-V-80-8001** **DL 03/07-2 NÖ**
Potentialentwicklung Areal "Alte Kliniken", Schwalbacher Straße 72 - 76

Tagesordnung IV

1. **06-V-20-0064** **DL 52/06-1 NÖ**
Alten- und Pflegeheim AKK gGmbH i.L.; Verwendung von Spendengeldern
2. **06-V-36-0023** **DL 53/06-1 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 18.05.2006
3. **06-V-36-0033** **DL 53/06-2 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 31.08.2006
4. **06-V-36-0034** **DL 53/06-3 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 26.10.2006
5. **06-V-80-2352** **DL 01/07-1 NÖ**
Ankauf der Liegenschaft Saarstraße 80 in Schierstein
6. **06-V-80-2353** **DL 52/06-2 NÖ**
Verzeichnis der vom 01.07.2006 bis 30.09.2006 genehmigten Grundstücksvorlagen
7. **06-V-80-2355** **DL 01/07-2 NÖ**
Vergabe eines Erbbaurechtes an dem städt. Grundstück Wilhelmstraße 15

8. **06-V-80-2359** **DL 52/06-3 NÖ**
Veräußerung von Grundstücken für das deutsche Filmhaus Wiesbaden
9. **06-V-80-2362** **DL 01/07-3 NÖ**
Verkauf von Grundstücken im Vergabeverfahren City-Revier - Platz der deutschen Einheit
10. **07-V-20-0004** **DL 01/07-4 NÖ**
Rhein-Main-Hallen Wiesbaden Betriebsgesellschaft mbH – Wirtschaftliche Situation und Übernahme der modifizierten Ausfallbürgschaft Nr. 534 über 1.100.000,00 EUR
11. **07-V-20-0009** **DL 02/07-1 NÖ**
Bürgschaft Nr. 535 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft über 1.181.000,00 EUR zugunsten der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH (GeWeGe)

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin